



Bundesministerium
der Justiz

Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Jan Korte
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Benjamin Strasser MdB

Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Justiz

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL +49 (030)18 580-9010

FAX +49 (030)18 580-9048

E-MAIL pst-strasser@bmj.bund.de

14. Januar 2022

Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 1/43 vom 6. Januar 2022

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 1/43:

Wird die neue Bundesregierung sich in der Frage der Patentfreigabe von Corona-Impfstoffen den USA anschließen und sich bei der Welthandelsorganisation für eine Aussetzung der Corona-Impfstoffpatente einsetzen, und welche weiteren Maßnahmen wird sie ergreifen, um ihren Beitrag zur globalen Bekämpfung der Pandemie zu leisten?

Antwort:

Die Bundesregierung sieht die Immunisierung gegen COVID-19 als globales öffentliches Gut an. Daher ist für die Bundesregierung mittel- und kurzfristig eine schnelle und gerechte weltweite Verteilung von Impfstoffen sowie langfristig der Aufbau nachhaltiger Produktionskapazitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, von großer Wichtigkeit. Die Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation (WTO) werden allerdings nicht von

der Bundesregierung, sondern von der Europäischen Kommission geführt. Die neue Bundesregierung wird insoweit weiterhin eng mit der Europäischen Union (EU) zusammenarbeiten und auch andere zentrale Akteure der globalen Gesundheitsarchitektur wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Gavi Allianz und die Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI), die sich im Access to COVID-19 Tools Accelerator (ACT-A) und dessen Impfstoffinitiative COVAX zusammengeschlossen haben, im Kampf gegen die Pandemie weiter unterstützen.

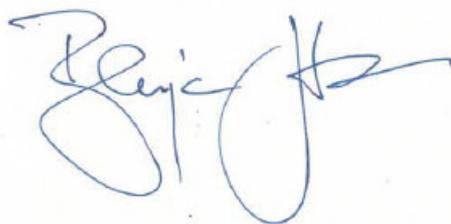
Bei der WTO liegt derzeit kein konkreter Vorschlag der USA für eine Patentfreigabe von Corona-Impfstoffen vor. Der von Indien und Südafrika im Rahmen der WTO vorgeschlagene Waiver ist nach Ansicht der Bundesregierung keine Maßnahme, die den globalen Zugang zu Impfstoffen und Therapeutika tatsächlich effektiv verbessern wird. Patentschutz ist für die Förderung von Innovation auch im Bereich der Entwicklung von Impfstoffen ein zentrales Element und hat zur Entwicklung der Impfstoffe für die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie beigetragen. Eine Aussetzung geistiger Eigentumsrechte würde Rechteinhabern einen wichtigen Anreiz nehmen, ihre Technologie und ihr Know-How freiwillig zu teilen. Kooperativer Wissenstransfer im Rahmen einer regelbasierten Ordnung ist von zentraler Bedeutung, um eine komplexe Technologie wie die für die Impfstoffherstellung durch den Aufbau von Produktionskapazitäten tatsächlich umsetzen zu können. Zudem besteht das Risiko, dass der Waiver die Funktion des Patentrechts, private Investitionen in die Entwicklung und Verbreitung von Impfstoffen und Therapeutika zu fördern, für die Zukunft untergräbt.

Die Bundesregierung wird weiterhin mit großem Einsatz dazu beitragen, die COVID-19-Pandemie weltweit zu bekämpfen. Dies erfordert einen ganzheitlichen, internationalen und problemorientierten Ansatz, der die noch immer existierenden Herausforderungen durch pragmatische und effektive Maßnahmen löst. Diesbezüglich unterstützt die Bundesregierung die „Trade and Health Initiative“ der Ottawa-Gruppe und die „Health Initiative“ der EU-Kommission. Hierdurch sollen Handelshemmnisse, die die globale Produktion und Verbreitung von Impfstoffen und Medikamenten behindern, abgebaut und die bestehenden Ausnahmeregelungen des Abkommens zum Schutz geistiger Eigentumsrechte (sogenannter Flexibilitäten) angepasst werden, so dass diese im Zuge nationaler Notstände leichter anwendbar sind. Außerdem unterstützt die Bundesregierung ausdrücklich freiwillige Lizenzierungen an Patentpools, um den Ausbau der weltweiten Produktionskapazitäten weiter voranzutreiben. Gleichzeitig ist es notwendig, ACT-A und dessen COVAX-Initiative weiter zu stärken sowie nationale Impfkampagnen in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zu unterstützen, damit bereits bereitgestellte Impfstoffe vollständig und effektiv verteilt und verimpft werden können. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung die bisherige Unter-

stützung von ACT-A und dessen COVAX-Initiative fortführen.

Außerdem beabsichtigt die Bundesregierung im Jahr 2022 mindestens weitere 72 Millionen Impfstoffdosen vorrangig über COVAX abzugeben. Darüber hinaus stellt die Bundesregierung insgesamt bisher über 500 Millionen Euro aus Haushaltsmitteln, bankeigenen Mitteln der KfW Entwicklungsbank und Unternehmensförderung der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft zum Aufbau einer Impfstoffproduktion in Afrika bereit. Mit ihrem Engagement flankiert die Bundesregierung auch Bemühungen von BioNTech, seine Produktionskapazitäten in Kooperation mit dem südafrikanischen Hersteller BioVac, dem Institut Pasteur de Dakar in Senegal und der ruandischen Regierung auszubauen. In diesem Rahmen unterstützt die Bundesregierung außerdem den WHO mRNA technology transfer hub in Südafrika mit einem Beitrag von drei Millionen Euro.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Beijing', written in a cursive style.